

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Baupreise auf Rekordniveau. BFW-Präsident Ibel: "Tatsächliche Kostensteigerung ist noch weitaus höher!"**

**Berlin, 09.07.2018.** „Das Statistische Bundesamt hat neue Rekordwerte bei den Baupreisen vermeldet. Leider ist die Realität noch düsterer, da der klassische Baupreisindex die tatsächliche Kostenentwicklung gar nicht abbildet. Ordnungsrechtliche Vorgaben und gestiegene Qualitätsansprüche sind hier noch nicht eingerechnet. Die Kostensteigerungen sind also weitaus höher und erschweren die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, kommentierte Andreas Ibel, ehrenamtlicher BFW-Präsident und Projektentwickler, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen vom Mai 2018.

Demnach sind die Baukosten im Mai 2018 gegenüber Mai 2017 um 4,1 % angestiegen. Das ist der höchste Anstieg der Baupreise seit November 2007 (+5,8 %). Die Preise für Rohbauarbeiten stiegen in diesem Zeitraum um 4,6 %. Bei den Ausbauarbeiten stiegen die Preise im Mai 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,6 %. Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) verteuerten sich im Mai 2018 um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr.

„Zusätzlich zu den gestiegenen Baupreisen treibt der wuchernde Regulierungsdschungel die Gestehungskosten weiter in die Höhe“, so Ibel: „Die Zahl der Bauvorschriften hat sich seit dem Jahr 1990 auf 20.000 vervierfacht. Die Vorgaben zum Lärm- und Brandschutz, zur Energieeinsparverordnung und Barrierefreiheit widersprechen sich teils gegenseitig und machen jedes Gewerk zur Wissenschaft!“

Einen weiteren Grund für die steigenden Gestehungskosten zeigt die aktuelle Umfrage unter den mittelständischen Mitgliedsunternehmen des BFW, die für rund 50 Prozent des Wohnungsneubaus in Deutschland verantwortlich sind: „In unserer aktuellen Mitgliederumfrage haben 76 % der befragten Unternehmen angegeben, dass es immer schwieriger wird, Fachplaner und Baufirmen zu finden. Dieser Mangel an freien Kapazitäten auf dem Markt verzögert den Bauprozess und treibt die Kosten weiter in die Höhe“, erklärt Ibel.

Ibel weiter: „Hier zeigen sich die Versäumnisse der Politik aus den vergangenen Jahren. Die Immobilienwirtschaft benötigt dringend stabile und langfristige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, damit sie die notwendigen Investitionen in die Ausbildung von Nachwuchs vor-

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

nehmen kann. Das geht nur, wenn die Vorschriften von Bund, Ländern und Kommunen an die Immobilienbranche nicht permanent geändert und verschärft werden!“ Der BFW Bundesverband hat im Hinblick auf den geplanten Wohngipfel entsprechende Vorschläge im Bundesbauministerium eingereicht, um Bauen wieder schneller, einfacher und somit kostengünstiger zu machen. Die BFW-Stellungnahme finden Sie anbei.

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.